



Protokoll der Mitgliederversammlung Bündnis 90/Die Grünen - Kreisverband Märkischer Kreis am 03.09.2022

Beginn: 11:10 Uhr, Gasthof Zum Nöckel, Rothauser Strasse 37, 58579 Schalksmühle

Anwesende Mitglieder: 19 (ein anwesendes Parteimitglied gehört nicht dem KV MK an),
somit 18 stimmberechtigte Mitglieder

Zusätzliche Gäste: Gregor Kaiser (Olpe, MdL) – bis 12:45 Uhr
Björn Othlinghaus (Lokalpresse) - bis 13:00 Uhr

TOP 1 - Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls der KMV am 28.05.2022

Marjan eröffnet die Versammlung um 11:10 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Folgenden Änderungen der Tagesordnung wird einmütig zugestimmt:

- a. Unter dem TO-Punkt „Anträge“ wird zusätzlich der formlose Antrag des OV Meinerzhagen aufgenommen, der um eine eindeutige Positionierung des KV gegen eine mögliche Verschiebung des Atomausstiegsdatums auf Bundesebene bittet.
- b. Aus Reihen der Mitglieder wird beantragt, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 3 (Diskussion zum Thema Ukrainekrieg) zu streichen.
- c. als TOP 2 wird ein kurzer Bericht des Vorstands eingeplant, der Bericht aus dem Landtag (Gregor Kaiser) rückt somit auf Punkt 3.
- d. Die Reihenfolge der nachfolgenden TO-Punkte wird geändert, neuer Tagesordnungspunkt 4 sind nunmehr die Wahlen der VertreterInnen bei der LDK, neuer Tagesordnungspunkt 5 die Wahlen für den Bezirksrat. Unter Punkt 6 folgt die Behandlung der Anträge (zuvor Punkt 4), der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 7 (Berichte aus der Kreistagsfraktion und den Ortverbänden) entfällt bzw. wird in TO-Punkt 2 eingearbeitet.

Zum Protokoll der KMV vom 28.05.2022 werden aus der Versammlung drei Anmerkungen gemacht:

- a. Zum Thema Landtagswahlwahlachlese sind die Zahlen zu den unterschiedlichen Prozentanteilen auf Landes- und Kreisebene missverständlich dargestellt.
- b. Bei der Danksagung an die Direktkandidat*innen fehlt die ausdrückliche Erwähnung von Julia Decker.



c) Zum Punkt 5 (Wahl der BeisitzerInnen im Kreisvorstand) soll der Vollständigkeit halber auch bei der Kandidatin Sylvia Olbrich die Anzahl der Neinstimmen dokumentiert werden. Nach Zusicherung der Geschäftsführung, die Änderungen einzuarbeiten, wird das Protokoll inklusive der Korrekturen einstimmig verabschiedet.

TOP 2 – Bericht des Vorstands

Die Geschäftsführung gibt die aktuelle Mitgliederzahl bekannt (310 Mitglieder), seit der letzten KMV waren 10 Neueintritte und ein Parteiaustritt zu verzeichnen. Bemerkenswert sei, dass ausschließlich Männer dazugekommen sind.

Marjan berichtet von einem Onlinemeeting der Kreisvorstände aus Südwestfalen (in Anwesenheit von Gregor Kaiser), dieses Format soll im Hinblick auf zukünftige Wahlen bzw. Listenaufstellungen fortgeführt und ausgebaut werden. Die nächste Kreisvorstandssitzung wird am 21.09. stattfinden (Onlinesitzung), dort werde dann von Markus Fleige ein Kommunikationstool für den KV vorgestellt (HumHub), das in Menden bereits Verwendung findet.

Die nächste Kreismitgliederversammlung (mit Grünkohlessen!) wird für Anfang Februar 2023 geplant, es soll ein Veranstaltungsort in Balve gesucht werden. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Der zweite Sprecher des Kreisverbandes, Paolino Barone, kündigt an, sein Amt Anfang nächsten Jahres aus beruflichen Gründen niederzulegen, entsprechend sollte für die nächste KMV eine Neuwahl vorgesehen werden.

TOP 3 – Vortrag Gregor Kaiser (MdL) zu den ersten Monaten im Landtag / Erste Erfahrungen mit der Regierungskoalition in Düsseldorf

Gregor Kaiser stellt zunächst seinen politischen Werdegang dar (siehe: <https://www.gregor-kaiser.info/vita>).

Zu den letzten Monaten in Düsseldorf führt er aus, dass das sehr gute Ergebnis der LTW und die daraus resultierende Größe der Landtagsfraktion für die meisten doch recht überraschend gewesen sei. Er sei wie alle grünen MdL's bei den Koalitionsverhandlungen in eine der 13 Arbeitsgruppen eingebunden gewesen, namentlich in der Gruppe Umwelt, Wald und Landwirtschaft. Es habe dabei Zeitdruck geherrscht, so dass nicht alles Wünschenswerte im Koalitionsvertrag habe Berücksichtigung finden können. Auch er sei, wie fast die gesamte Fraktion, dann von der Entscheidung, das Landwirtschafts- und Umweltministerium voneinander zu trennen, überrascht gewesen. In der Folge sei aktuell



noch nicht klar, welches Ministerium für den Wald in NRW zuständig sein werde, die Verwaltung müsse sich jetzt erst einmal neu organisieren, das koste Zeit. Nach der Sommerpause starte nun die Arbeit in den Ausschüssen (Gregor ist Vorsitzender des Integrationsausschusses), es werde bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen sicher viel zu tun geben.

Von den 39 GRÜNEN Abgeordneten seien nur zwei aus Südwestfalen, Gregor selbst und Simon Rock aus Siegen (*Anmerkung: Simon ist auch Präsidiumsmitglied im Landkreistag*). Für den Märkischen Kreis habe er sich für zuständig erklärt, Simon übernehme den Bereich Siegen-Wittgenstein, zusätzlich betreue Dagmar Hanses (Soest) Teile des Hochsauerlandkreises. Geplant sei, ab dem 22.10.2022 ein eigenes Wahlkreisbüro in Olpe zu eröffnen, die Leitung werde Karin Sopart übernehmen.

Des Weiteren berichtet Gregor über die Neuwahl des Fraktionsvorstandes und die Besetzung der Sprecherposten (siehe: www.gruene-fraktion-nrw.de).

Bezogen auf das Thema Landwirtschaft berichtet Gregor, dass Ministerin Gorißen fachfremd sei und bislang nicht mit allen relevanten Fachverbänden gesprochen habe (z. B. nicht mit der AG bäuerliche Landwirtschaft oder der AG nachhaltige Waldwirtschaft). Es spreche derzeit viel dafür, dass die CDU so weitermachen wolle wie bisher, es sei hier Konfliktpotential zu erwarten.

Zum Thema Wiederaufforstung der Kalamitätsflächen (Borkenkäferbefall) führt Gregor aus, dass dabei Geduld erforderlich sei, es fehle an Saatgut, der Wildverbiss sei hoch und die jungen Pflanzen seien häufig durch Hitze und Trockenheit gefährdet, die Wiederausforstungspflicht sei daher derzeit auch ausgesetzt. Es seien schon jetzt Widersprüche erkennbar, wenn z. B. das aktuelle Waldbrandkonzept die konsequente Räumung von Kalamitätsflächen fordere, was aber die Naturverjüngung behindern könnte. Die aktuelle Situation auf dem Holzmarkt (steigende Preise) mache eine Nachbearbeitung der alten Fichtenflächen wirtschaftlich wieder attraktiv. Auch würde der Wald von CDU und FDP leider immer noch ausschließlich als Wirtschaftsgut betrachtet, die Berücksichtigung der ökologischen Systemleistung komme noch zu kurz (Positivbeispiel: Stadtwald Remscheid). In diesem Zusammenhang weist der Referent auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hin, welches die rein ökonomische Betrachtung von Staatswald in Frage stellt (BVerfG, Beschluss vom 31. Mai 1990 – 2 BvL 12/88, 2 BvL 13/88, 2 BvR 1436/87 -, BVerfGR 82, 159-198, Rn 117,118 (juris); auch Rn. 110, 111 (DFR)). Bezüglich der Auswahl der zu pflanzenden Baumarten solle man nicht zu sehr auf südeuropäische Sorten setzen, da diese mit im Sauerland üblichen Spätfrösten nicht klarkämen – es seien auch schnelle epigenetische Anpassungen der heimischen Sorten möglich, somit könne es auch (begrenzt) eine Zukunft für die Fichte geben.



Der Referent ruft dazu auf, sich rege an den parteiinternen LAG's zu beteiligen und zu vernetzen, es sei demnächst auch eine größere Konferenz zum Thema Biodiversität/ Artensterben geplant.

Auf Nachfragen zur Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum verweist Gregor auf Aktivitäten der Bundesarbeitsgemeinschaften, seitens der GRÜNEN Fraktion sei aktuell noch nichts Konkretes geplant, die im Koalitionsvertrag genannte Mobilitätsgarantie sei auch erst ab 2030 gesetzt. Man solle sich aber mit dem Hinweis auf fehlende Mittel für den ÖPNV an den Verkehrsminister wenden.

Seitens der Versammlung wird angesprochen, dass auf Landesebene SprecherInnen für die Themen „Ländlicher Raum“ und „Tourismus“ fehlen, worauf der Landtagsabgeordnete anmerkt, dass es sicher nicht weitere Sprechen*innen-Posten geben werde, diese Themen aber bei anderen Sachgebieten angedockt werden sollen.

Auf Nachfrage sichert der Referent zu, dass man sich in der Landesregierung um die Problematik der steigenden Energiekosten bei privaten KITA-Trägern kümmern wolle.

Gregor wird gebeten, sich innerhalb der Fraktion für mehr Lehrer*innenstellen im Land einzusetzen, dies sie für die Beschulung der ukrainischen Flüchtlingskinder dringend erforderlich – insbesondere würden Personen mit Sprachkenntnissen gebraucht.

Bezüglich der gesperrten Autobahnbrücke bei Lüdenscheid signalisiert Gregor die Bereitschaft, zu einem Vor-Ort-Termin nach Lüdenscheid zu reisen und auch in Kontakt mit der einschlägigen Bürgerinitiative zu treten. Von Versammlungsteilnehmern wird betont, dass es hinsichtlich der Verkehrsbelastung zu keinem „Verdrängungswettbewerb“ zwischen den betroffenen Kommunen kommen dürfe.

Auf Nachfrage räumt der Landtagsabgeordnete ein, dass man sich einer gewissen Kluft zwischen Großstädten und ländlichen Gebieten sowohl in der Partei als auch in der Fraktion bewusst sei, daran werde aber gearbeitet.

Von Seiten der Kreistagsfraktion wird angeregt, im Sinne einer Imageverbesserung ggf. nicht vom „ländlichen Raum“ sondern vorzugsweise vom „kreisangehörigen Raum“ zu sprechen. Außerdem wird die Aufmerksamkeit auf das Thema ÖPNV/ Radverkehr vor Ort gelenkt:

- ÖPNV: Der Aktuelle Beschluss der CDU-SPD Kooperation im Kreistag zum Thema Finanzierung des MVG-Defizits, der noch vor der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans kurzfristig zu einer Mehrbelastung der Kommunen führt, zeige den Unwillen, die Verkehrswende ernsthaft anzugehen. Die Möglichkeit, die Defizite über ein verändertes Angebot mit zusätzlichen Einnahmen zu reduzieren (Stichwort: „Schülerticket“) sei wissentlich außer Acht gelassen worden.



- Radverkehrsnetz: Als problematisch sei die Umsetzungsphase zu sehen, es fehle vielfach die entsprechende Expertise vor Ort. Grundsätzlich sei genügend Geld verfügbar, die Fördermittel könnten aber nur abgerufen werden, wenn vor Ort eine hochwertige Planung erfolge. Angesichts der sehr heterogenen Struktur des Kreises könne dies bei einigen wenigen Kommunen gelingen, bei anderen eher nicht, was den Nutzen des Radnetzes schließlich für alle NutzerInnen beeinträchtige. Als ein möglicher Schritt zur Verbesserung der Lage wird perspektivisch der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Städte (AGFS) angeregt, der aber einige Vorleistungen erfordere.

Gregor ergänzt zum Thema ÖPNV, das die Einführung eines Schülertickets im Kreis Olpe gelungen sei und man im Kreis Soest daran arbeite. Als Ansprechpartner hierzu wird Fred Hansen aus Olpe genannt.

Aus den Reihen der Mitglieder wird bezüglich des ÖPNV bemerkt, dass der durch das 9-Euro-Ticket erzeugte Zulauf vor allem den schienengebundenen Verkehr betreffe, der Busverkehr sei demgegenüber weniger präferiert worden. Bezüglich der Umsetzungsproblematik bei Radwegebau wird der allseits spürbare Fachkräftemangel angesprochen. Gregor betont, dass dieser nicht allein mit Finanzmitteln und auch nicht kurzfristig behoben werden kann. Er berichtet in diesem Zusammenhang von einer Personalbewegung weg von Straßen.NRW hin zur Autobahn-GmbH, was an attraktiveren Bedingungen liege, aber nicht hilfreich sei. In der Folge wird die Frage nach der Verteilung der knappen Personalressourcen aufgeworfen, es sei nicht zu verstehen, dass sich Ingenieure weiterhin mit Projekten wie dem Ausbau der A46 befassen.

Aus der Versammlung wird die Frage aufgeworfen, ob die Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion reibungslos funktioniere. Dazu führt der Referent aus, dass der Umgang menschlich völlig in Ordnung sei, aber öfter eher kulturelle Unterschiede (andere Sozialisation, unterschiedliche Motivation) zu Tage träten - der Prozess des Kennenlernens sei noch nicht abgeschlossen. Er sei z. B. von den lobenden Worten des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden für die vergangene CDU-FDP Koalition anlässlich der aktuellen Regierungserklärung etwas befremdet gewesen.

Bezüglich eine Nachfrage zum Umgang der Landtagsfraktion mit Fragen der Kommunalen Wärmeplanung in Hinblick auf die Klimaziele verweist Gregor auf den Kollegen Michael Röls, der sich mit diesen Fragen besser auskenne.

Es wird angeregt, Gregor Kaiser wieder zur nächsten Kreismitgliederversammlung einzuladen, er erklärt grundsätzlich seine Bereitschaft, zu kommen. Es wird auf die anstehende JHV des OV Altena verwiesen, bei der am 15.09. Gregor Kaiser und auch der zuständige Förster, Herr Teuber, eingeladen sind, das Thema Waldumbau zu vertiefen.



Abschließend lädt der Landtagsabgeordnete alle ein, bei eventuellen Fragen und Problemen mit ihm in Kontakt zu treten:

gregor.kaiser@landtag.nrw.de

Tel.: 0211/884-2268

Mittagspause von 12:50 bis 13:30 Uhr

TOP 4 – Wahl der Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz

Nach der Pause übernimmt zunächst Paolino die Versammlungs- und Wahlleitung.

Die Geschäftsführung erläutert kurz die Wahlordnung. Als Wahlhelfer werden einstimmig Andreas Stach (Lüdenscheid) und Carina Hennecke (Plettenberg/ Rendsburg) gewählt.

Für alle nachfolgenden Wahlvorgänge gilt: Die KandidatInnen konnten sich gemäß der Wahlordnung dem Gremium vorstellen, bis zu drei Fragen konnten an die BewerberInnen gerichtet werden.

Für die vier ordentlichen Delegiertenplätze (z. Zt. nur drei Plätze, ggf. kann der KV noch kurzfristig einen weiteren Platz erhalten) bewerben sich folgende Personen:

1. Jana Schrage (Halver)
2. Marjan Eggers (Menden)
3. Oliver Held (Altena)
4. Denis Potschien (Iserlohn)

Zunächst werden die Frauenplätze (1. und 3.) zur Wahl gestellt, nach erfolgtem Wahlgang mit 18 abgegebenen Stimmen wird folgendes Ergebnis verkündet:

1. Jana Schrage (Halver): 18 Stimmen
2. Marjan Eggers (Menden): 16 Stimmen

Beide Kandidatinnen nehmen die Wahl an.

Anschließend werden die offenen Plätze (2. und 4.) zur Wahl gestellt, nach erfolgtem Wahlgang mit 18 abgegebenen Stimmen wird folgendes Ergebnis verkündet:

1. Oliver Held (Altena): 16 Stimmen
1. Denis Potschien (Iserlohn): 16 Stimmen

Beide Kandidaten nehmen die Wahl an, Oliver verzichtet zugunsten von Denis auf den 2. Platz und wählt den Listenplatz 4.



Als Ersatzdelegierte bewerben sich folgende Personen:

1. Judith Köster (Altena)
2. Julia Decker (Lüdenscheid)
3. Detlef Jungmann (Kierspe)
4. Peter Köhler (Menden)

Über die vier Plätze wird zusammen abgestimmt, nach erfolgtem Wahlgang mit 18 abgegebenen Stimmen wird folgendes Ergebnis verkündet:

1. Julia Decker (Lüdenscheid): 17 Stimmen
2. Judith Köster (Altena): 15 Stimmen
2. Detlef Jungmann (Kierspe): 15 Stimmen
3. Peter Köhler (Menden): 14 Stimmen

Alle KandidatInnen nehmen die Wahl an, Detlef verzichtet zugunsten von Judith auf den 2. Platz und nimmt den Listenplatz 3 ein. Sollte die Delegiertenzahl des KV nur bei drei liegen ist allerdings der 4. Listenplatz der ordentlichen Delegierten die erste Ersatzperson.

(drei Mitglieder verlassen um 14:10 Uhr die Versammlung)

TOP 5 - Wahl der Delegierten für den Bezirksrat

Für die (bis zu) vier ordentlichen Delegiertenplätze bewerben sich folgende Personen (z. Zt. gibt es nur zwei Plätze, ggf. kann der KV noch aufgrund des Mitgliederzuwachses weitere Plätze erhalten):

1. Marjan Eggers (Menden)
2. John Haberle (Iserlohn)
3. Katharina Trimpop (Altena)
4. Jürgen Appelt (Lüdenscheid)

Nach erfolgtem Wahlgang mit 15 abgegebenen Stimmen wird folgendes Ergebnis wird verkündet:

1. Marjan Eggers (Menden): 15 Stimmen
2. Katharina Trimpop (Altena): 14 Stimmen
3. Jürgen Appelt (Lüdenscheid): 14 Stimmen
4. John Haberle (Iserlohn): 12 Stimmen



Alle KandidatInnen nehmen die Wahl an.

Die Versammlungs-/ Wahlleitung geht nach diesem Wahlgang wieder auf Marjan über, als neu Wahlhelferin für die folgende Wahl wird Julia Decker (als Ersatz für Carina Hennecke) einstimmig gewählt.

Als Ersatzdelegierte kandidieren folgende Personen:

1. Katharina Rittinghaus (Plettenberg)
2. Denis Potschien (Iserlohn)
3. Carina Hennecke (Rendsburg)
4. Paolino Barone (Meinerzhagen)

Nach erfolgtem Wahlgang mit 15 abgegebenen Stimmen wird folgendes Ergebnis verkündet:

1. Katharina Rittinghaus (Plettenberg): 15 Stimmen
2. Denis Potschien (Iserlohn): 14 Stimmen
3. Carina Hennecke (Rendsburg): 10 Stimmen
4. Paolino Barone (Meinerzhagen): 14 Stimmen

Alle KandidatInnen nehmen die Wahl an, es gilt das für die Ersatzdelegierten der LDK dargestellte Verfahren bei weniger zu Verfügung stehenden regulären Plätzen.

TOP 6 – Anträge

- Mindestbeitrag:
Zunächst wird der Antrag A01 des Vorstandes auf Erhöhung des Mindest-(Mitglieds-) Beitrages von 2,50 € monatlich auf 5 € monatlich, wirksam ab Dezember 2022, zur Diskussion gestellt. Insbesondere wird betont, dass die Mindestbeitragsregelung aus der Satzung des Bundesverbandes (1% des jeweiligen Nettogehalts) davon nicht berührt werde – dies ergebe sich auch aus der Relation zur Verdienstobergrenze bei Minijobs bzw. den zukünftig zu erwartenden Harz IV-Sätzen. Nach kurzer Diskussion über die Erfahrungen aus dem Mahnwesen und Hinweisen auf den ungünstigen Zeitpunkt der Erhöhung ändert der Vorstand den Antrag bezüglich der Wirksamkeit der Erhöhung auf den Januar 2023 ab. In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Form einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.
(Zwei weitere Mitglieder verlassen um 14:55 die Versammlung)
- Resolution – Möglicher Weiterbetrieb von AKW's über den 31.12.2022 hinaus



Zunächst wird seitens des OV Meinerzhagen die Absicht erläutert, durch eine eindeutige Positionierung des Kreisverbandes gegen jegliche Art von Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke eine zu befürchtende Austrittswelle zu verhindern. Der Vorstand verweist auf einen für die anstehende BDK eingebrachten Antrag (siehe Anhang), der dieses Ansinnen wiedergibt. Statt eine eigene Resolution zu formulieren wird angeregt, über die inhaltliche Unterstützung des BDK-Antrags durch den KV zu beraten und den BDK-Delegierten ggf. entsprechende Anweisungen oder Hinweise zu geben. In der anschließenden Diskussion wird auf folgende Aspekte verwiesen:

- Auch ein sogenannter „Streckbetrieb“ könne der Beginn einer Atomkraft-Renaissance sein, da bereits hierfür erhebliche Investitionen erforderlich seien.
- Es solle der europäische Zusammenhang gesehen werden, die französischen Kernkraftwerke befänden sich derzeit in einer Art „Streckbetrieb“ mit umgekehrten Vorzeichen.
- Es sei zu bedenken, dass das Thema bewusst lanciert werde, um die GRÜNEN zu spalten, man solle darauf nicht reflexhaft und dogmatisch reagieren.
- Es sei für die BDK noch mit Änderungen an den Antragstexten zu rechnen, von daher mache eine Festlegung unserer Delegierten auf den vorliegenden Text wenig Sinn.
- Grundsätzlich wird infrage gestellt, ob bindende Vorgaben für die BDK Delegierten zielführend sein können, da so die Dynamik eines Parteitages nicht mit einfließen könne.

Schließlich wird seitens des Vorstands angeregt, ein Meinungsbild der KMV bezüglich des vorliegenden Antragstextes (siehe Anhang) einzuholen und dieses den Delegierten vorbehaltlich der Entwicklungen auf der BDK bzw. des finalen Antragstextes als strake Empfehlung mitzugeben. Der Anregung wird gefolgt, in der anschließenden Abstimmung wird der vorliegende BDK-Antragstext einstimmig begrüßt und die angesprochene Empfehlung an die Delegierten ausgesprochen, wobei sich zwei Mitglieder nicht an der Abstimmung beteiligt haben.

TOP 7 – Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Die Sitzung wurde um 15:35 Uhr geschlossen.

Protokoll: Jürgen Appelt

Anhang: Antrag-A01-Mindesbeitrag
Antrag_02-Empfehlung an Delegierte zum Thema AKW-Verlängerung